

## Bürglen kämpft um Pfarrer

Bucheli will im Amt bleiben

Weil er einem Lesbenpaar den Segen erteilt hat, möchte das Bistum Chur Wendelin Bucheli loswerden. Doch seine Gemeinde stellt sich hinter den Priester.

Simon Hehli

Die beiden Bischöfe Charles Morerod und Vitus Huonder sind sich einig: Der Pfarrer der zum Bistum Chur gehörenden Urner Gemeinde Bürglen, Wendelin Bucheli, ist dort nicht mehr tragbar; Morerod wollte den aus Freiburg stammenden Bucheli deshalb spätestens im Sommer zurück in sein Stammesbistum Lausanne, Genf und Freiburg zurückbeordern. Grund für den Aufruf: Bucheli segnete im letzten Herbst ein lesbisches Paar. Damit habe sich der Pfarrer «bewusst gegen die Lehre der Kirche verhalten», sagte Huonders Sprecher Giuseppe Gracia gegenüber der «NZZ am Sonntag». Bucheli habe sich in einem Gespräch mit Huonder einsichtig gezeigt, weshalb Gracia davon ausging, «dass er seinem Bischof gehorcht».

### «Arbeit ist noch nicht fertig»

Doch Bucheli widersetzt sich. An einer Sitzung mit dem Kirchenrat von Bürglen am Montagabend machte er klar, dass er die geforderte Demission nicht einreichen werde. «Ich fühle mich wohl in Bürglen», wird der Priester in einer Medienmitteilung zitiert. «Meine Arbeit ist noch nicht fertig, und ich sehe keinen Grund, zum jetzigen Zeitpunkt die Gemeinschaft zu verlassen.» Die Bürgler Kirchenbehörden bestärken Bucheli in seiner renitenten Haltung. «Er genießt in der Gemeinde einen enormen Rückhalt», sagt das Kirchenratsmitglied Peter Vorwerk. Der Kirchenrat und der Gemeinderat geben sich überzeugt, dass Bucheli nach einem viermonatigen Sabbatical in Jerusalem, das er im Sommer antritt, wieder als Pfarrer nach Bürglen zurückkehren wird. Mit diesem Ziel wollten sie nun mit dem Bistum Chur das Gespräch suchen, so Vorwerk.

Huonders Sprecher Gracia will zur neuen Entwicklung keine Stellung nehmen. Er verweist lediglich darauf, dass Bischof Morerod demnächst Kontakt mit Bucheli aufnehmen werde. «Das Bistum Chur respektiert diesen Ablauf und wird vorderhand nichts weiter unternehmen», schreibt Gracia.

«Wir gehen davon aus, dass wir keine einvernehmliche Lösung finden», sagt der Kirchenratsvertreter Vorwerk. Doch das scheint fraglich, gilt doch die konservative Bischofsfraktion um Morerod und Huonder als wenig kompromissbereit. Aus ihrer Sicht hat Bucheli seine Kompetenzen eindeutig überschritten. Gracia verweist auf ein Dokument der Schweizer Bischofskonferenz, in dem steht: «Die Bischöfe sind der Überzeugung, dass homosexuelle Menschen gesegnet werden können, aber nicht die Schliessung einer homosexuellen Verbindung.»

### Erinnerungen werden wach

Es ist deshalb gut möglich, dass es einen zweiten Fall Franz Sabo gibt. Der Priester von Röschenz im Baselbiet übte ab 2003 heftige Kritik am damaligen Bischof des Bistums Basel, Kurt Koch – bis es diesem zu bunt wurde und er 2005 dem aufsässigen Geistlichen die Missio canonica entzog, also den priesterlichen Seelsorgeauftrag. Wie nun in Bürglen standen jedoch auch in Röschenz die Gläubigen hinter ihrem Priester, dieser hielt weiterhin die Messe ab. Das Baselbieter Kantonsgericht urteilte, der Entzug der Missio sei nicht rechtmässig, weil Koch Sabo das rechtliche Gehör nicht gewährt habe. Erst 2008 versöhnten sich die beiden Kleriker.

Eine Parallele zu Bürglen ist, dass auch der Bayer Sabo aus einem anderen Bistum stammt. 2007 griff der Bischof seines Herkunftsbistums Bamberg in den Konflikt ein und forderte Sabo auf, seine Stelle zu kündigen – vergeblich.

## Im Herrenhaus wird aufgerundet

Polit-Ehepaar zahlt für 5-Zimmer-Wohnung neben Bundeshaus 2188 Franken Miete

Nicht nur in Zürich, auch in Bern leben Politiker an erstklassiger Lage in Wohnungen der Stadt. Und dies zu weit besseren Konditionen, als sie die Öffentlichkeit glauben lassen.

Ronny Nicolussi, Bern

18 Herrschaftswohnungen vermietet die Stadt Bern derzeit. Wohnungen, die aufgrund ihrer bevorzugten Lage und ihres Komforts einen repräsentativen Charakter aufweisen. Längst nicht alle Mieter solcher Immobilien bezahlen allerdings marktübliche Mietzinse. Fünf Mietparteien wohnen sogar bis zu 50 Prozent zu günstig, wie im September aufgrund einer Interpellation aus dem Stadtparlament bekannt wurde.

Zwei dieser fünf Wohnungen befinden sich im Bondeli-Haus, einem Herrenhaus aus dem 16. Jahrhundert in unmittelbarer Nähe des Bundeshauses, wie Recherchen der NZZ zeigen. Bei den Bewohnern handelt es sich um den ehemaligen SP-Nationalrat und langjährigen Verkehrspolitiker Peter Vollmer mit seiner Ehefrau Gisela, die für die SP im Stadtparlament sitzt, und um den ehemaligen Regierungstatthalter und SP-Politiker Sebastian Bentz.

### Angeblich 3000 Franken Miete

Das Ehepaar Vollmer lebt in einer 5-Zimmer-Wohnung auf 188 Quadratmetern und bezahlt dafür derzeit monatlich netto 2188 Franken Miete und 418 Franken Nebenkosten. Erst 2012 wurde in der Wohnung für über 64 000 Franken eine neue Küche eingebaut. Diese Zahlen gehen aus dem Mietdossier des Bondeli-Hauses hervor, in das die NZZ unter Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip Einsicht erhielt.

Ganz andere Zahlen nannte Gisela Vollmer im vergangenen Herbst, als die «Berner Zeitung» sie danach fragte. Für ihre «rund 150 Quadratmeter grosse Wohnung» bezahlten sie im Monat «rund 3000 Franken Miete», sagte die Architektin. Als sie 1994 eingezogen seien, hätten sie sich gar freiwillig für eine Mietanpassung entschieden. Dadurch hätten sie damals eine «rund viermal höhere Miete als die anderen Mieter im Haus» bezahlt. Hinweise darauf finden sich im Mietdossier allerdings keine. Mindestens der Alt-Regierungstatthalter Bentz bezahlte sowohl damals wie heute mehr Miete als das Ehepaar Vollmer. Von der dritten Partei existieren erst Zahlen aus dem Jahr 2002. Und gemäss diesen bezahlten die neuen Nachbarn nach der Sanierung ihrer 5-Zimmer-Wohnung fast doppelt so viel wie Familie Vollmer.

Gisela Vollmer wollte sich zu den Widersprüchen nicht äussern. Auf Anfrage sagt die Politikerin lediglich, sie würde zwar gerne alle Fragen beantworten. «Im Moment ist das aber nicht möglich, weil ich in den Ferien bin und überdies noch keine Akteneinsicht gehabt habe.» Offener reagiert Bentz auf Fra-



Das Bondeli-Haus steht in unmittelbarer Nähe des Bundeshauses.

ADRIAN BAER / NZZ

gen zu seiner günstigen Wohnsituation. Auch er hatte auf Anfrage der «Berner Zeitung» versichert, nicht zu den fünf Mietern zu gehören, die für ihre Herrschaftswohnung zu wenig bezahlten. Als er 1980 in die vollständig renovierte 218 Quadratmeter grosse 6-Zimmer-Wohnung einzog, kostete diese 1700 Franken Miete und 189 Franken Nebenkosten. Das sei damals ein stolzer Mietzins gewesen, sagt er. Dass die 2375 Franken Miete und 572 Franken Nebenkosten, die er heute bezahlt, nicht mehr dem Marktwert entsprechen, ist ihm mittlerweile bewusst. Der 79-Jährige verweist aber darauf, dass sich die Wohnung praktisch im selben Zustand befinde wie vor 30 Jahren.

Die günstigen Herrschaftswohnungen sind nicht das einzige Problem der Berner Wohnbaupolitik. So wurde letztes Jahr bekannt, dass über die Hälfte der Mieter von vergünstigten Wohnungen die Kriterien für diese Unterstützung nicht mehr erfüllten. Ein Grossteil

ist mittlerweile ausgezogen. Bereits Anfang 2014 gerieten in Zürich die CVP-Nationalrätin Kathy Riklin und der grüne Nationalrat Daniel Vischer unter Druck, weil sie in städtischen Wohnungen zu günstigen Konditionen wohnten.

### Mehr Transparenz

Zu den Gründen, weshalb fünf Mieter zu günstig in Berner Herrschaftswohnungen lebten, hatte der Gemeinderat (Exekutive) im Herbst die restriktiven Vorgaben des Mietrechts genannt. Anpassungen an die Orts- und Quartierüblichkeit seien bei bestehenden Mietverhältnissen nur in seltenen Fällen durchsetzbar. SVP-Stadtrat Alexander Feuz, der mit seiner Interpellation das Thema aufgebracht hatte, will derweil volle Transparenz. Mit einer weiteren Interpellation hat er die Offenlegung der Mietverträge sämtlicher 18 Herrschaftswohnungen verlangt. Die Antwort der Stadtregierung steht noch aus.

## «Vertrauen in Nationalbank gestärkt»

Aussprache in der nationalrätlichen Wirtschaftskommission mit dem Notenbankchef

hus. Bern · Der Nationalbank-Chef Thomas Jordan musste diese Woche vor der Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats antreten, um die Gründe und Folgen der Wechselkursfreigabe zu erklären. «Die Präsentation von Herrn Jordan und die Aussprache haben das Vertrauen in die Nationalbank gestärkt», sagte WAK-Präsident Ruedi Noser (fdp., ZH) am Dienstag auf Anfrage. Die ersten öffentlichen Begründungen der Nationalbank nach dem Entscheid vom 15. Januar waren diffus erschienen, weil diese zunächst nicht klar sagen wollte, wie schwer die Aussicht auf einen bald auf weit über 1000 Milliarden Franken aufgeblähten Fremdwährungsbestand gewogen hatte

– vor allem im Hinblick auf die erwarteten Aktionen der Europäischen Zentralbank zur längerfristigen Schwächung des Euro. In der Zwischenzeit ist aber etwas deutlicher geworden, dass die Stemmkraft der Nationalbank entgegen gewissen Hoffnungen begrenzt ist (NZZ 23. 1. 15). Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hat der WAK derweil zugesichert, dass er bis Ende Juni einen Bericht über mögliche konkrete Massnahmen zur Senkung der Kosten für Unternehmen vorlegen werde.

Die WAK hat im Weiteren eine Kommissionsmotion mit 13 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen, welche ebenfalls einen Bericht fordert (vom Bundesrat). Dieser Bericht soll

Massnahmen aufzeigen, wie die Exportwirtschaft starke Wechselkursschwankungen günstig versichern könne. Von diesem Bericht ist allerdings kaum allzu viel zu erwarten, da der Markt nach bisherigen Erkenntnissen genügend Angebote bereitstellt (NZZ 10. 2. 15).

Die WAK hat überdies die bundesrätliche Vorlage zur Revision der Quellenbesteuerung sistiert, bis mehr Klarheit herrscht über den Fahrplan der Diskussionen mit Italien über diverse Steuereinstellungen. Die Sistierung dürfte vor allem mit der Rücksicht auf Tessiner Sensibilitäten zu erklären sein – obwohl formell kein Zusammenhang zwischen der Quellensteuervorlage und den Diskussionen mit Italien besteht.

## Paradoxe Effekt der Freiwilligenarbeit

Keine Belastung für Berufstätige

fu. · Berufstätige, die nebenbei ehrenamtlich arbeiten, können Privatleben und Beruf besser vereinbaren. Zu diesem überraschenden Resultat gelangt eine Untersuchung von 746 erwerbstätigen Deutschschweizern durch die Universität Zürich und die ETH. Die Autoren der Studie erklären das – vor derhand paradoxe – Ergebnis damit, dass «zusätzlich und freiwillig verrichtete Arbeit das Gefühl vermitteln kann, dass die eigene Zeit gut eingeteilt ist».

Die Studie deutet zudem darauf hin, dass Freiwilligenarbeit gut für die Gesundheit sein könnte. So zeigte sich bei dieser Gruppe weniger Stress, weniger Tendenz zu Burnout und insgesamt ein höheres psychisches und emotionales Wohlbefinden. Romualdo Ramos, Hauptverantwortlicher der Studie, relativiert aber: Es sei auch möglich, dass gestündere Menschen eher dazu neigten, Freiwilligenarbeit zu leisten. «Die Gesamtheit der wissenschaftlichen Arbeiten deutet aber darauf hin, dass ein Zusammenhang in beide Richtungen besteht – dass sich die beiden Faktoren also gegenseitig bestärken», so Ramos. Allerdings bleibe der positive Effekt aus, wenn die Freiwilligenarbeit nicht aus altruistischen Motiven geleistet würde: beispielsweise, um den Lebenslauf aufzuheben.

Ein weiteres Problem seien die Selektionsprozesse: «Freiwilligenarbeit ist ein gewisser Luxus.» Gerade die Gruppen, welche am ehesten vom positiven Effekt der Freiwilligenarbeit profitieren würden, könnten es sich nicht leisten, ohne Entgelt zu arbeiten. Das seien beispielsweise Arbeitslose, Migranten oder Menschen mit psychischen Problemen. «Es wäre eigentlich erstrebenswert, dass man gerade diese Minderheitsgruppen vermehrt in die Freiwilligenarbeit einbinden könnte», sagt Ramos.

## IN KÜRZE

### Leitungen immer öfter im Boden

(sda) · Der Strom fliesst immer unsichtbarer durch die Schweiz: Mehr und mehr neu genehmigte Stromleitungen werden verkabelt, also unter die Erde verlegt. Dies zeigt eine Statistik, die das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) publiziert hat. Demnach werden neue Stromleitungen vor allem im Mittelspannungsbereich grösstenteils verkabelt. Dies betrifft insbesondere dicht bebaute Gebiete. Neue Freileitungen werden kaum erstellt: Nur gerade 2,2 Prozent der abgebrochenen Freileitungen wurden, über fünf Jahre betrachtet, durch neue ersetzt. Auch im Hochspannungsbereich wird mehr verkabelt, wie das ESTI schreibt. Allerdings sei der Trend hier nicht so ausgeprägt wie im Mittelspannungsbereich.

### Kein Alkoholverbot für Feuerwehr

(sda) · Beim Einsatz der Milizfeuerwehr oder bei Grosseinsätzen, bei denen nicht diensthabendes Personal aufgerufen werden muss, soll kein absolutes Alkoholverbot gelten. Die Verkehrskommission des Ständerats (KVF) empfiehlt einstimmig, eine Motion von Bernhard Guhl (bdp/AG) mit diesem Anliegen anzunehmen.

### Aargau sagt Hooligans den Kampf an

(sda) · Der FC Aarau und der Kanton Aargau wollen künftig konsequenter gegen Hooligans vorgehen. Es werden vermehrt Stadion- und Rayonverbote ausgesprochen sowie Meldeauflagen gemacht. Bei Gewalttaten sollen die strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Darauf haben sich die Verantwortlichen des FC Aarau, der Aargauer Kantonspolizei sowie des kantonalen Departements Volkswirtschaft und Inneres geeinigt, wie aus einer Mitteilung vom Dienstag hervorgeht. Anlass dazu, die Schraube anzuziehen, waren diverse Vorfälle bei Heimspielen des FC Aarau in den vergangenen Monaten.